

Artikel III des Gesetzes 30 von 2023

Zwischen zwei Stühlen

Einleitung

Der Staat hat das Gesetz 30 von 2023 erlassen, um einige Themen der aktuellen Steuergesetzgebung anzugehen, und dieses Gesetz enthielt Artikel III, um die Probleme der Prüfung von Akten mit einem Umsatz von nicht mehr als zehn Millionen Pfund als Maßnahme im Rahmen einer Reihe von Verfahren anzugehen, die darauf abzielen, die Steuerbehörde im Rahmen der Digitalisierung des Staates zu automatisieren und das Finanzministerium und sein Nachfolger, die Steuerbehörde, haben in dieser Angelegenheit gute Arbeit geleistet, da das Ziel darin besteht, die Probleme dieser Akten für den letzten Zeitraum zu lösen (die oft durch geschätzte Dateien gekennzeichnet sind oder nahe an der Schätzung liegen und auf vereinfachten Notizbüchern basieren).

Die Frage, die von einigen Experten aufgeworfen wird, ist, ob dieser Artikel diese Probleme tatsächlich ein für alle Mal beseitigen wird, oder ob er eine neue Tür für Streitigkeiten öffnet, die sich aus dem Hammer von Artikel 90 des Gesetzes Nr. 91 von 2005 ergeben.

(Wir werden am Ende des Artikels darauf zurückkommen) und den Amboss des Gesetzes 67 von 2016 zusätzlich zu den Strafen des Gesetzes 206 von 2020, und wir werden uns in den nächsten Zeilen mit dem Thema im Allgemeinen und dann mit der Präferenz befassen.

Dieser dritte Artikel zielt darauf ab, Streitigkeiten über Steuerakten für gewerbliche Aktivitäten bis zu 10 Millionen Pfund zu beenden, die oft als Wertsteigerung berechnet werden.

Wie wird die Akte in den Missionen im Hinblick auf die Wertschätzung in der Praxis berücksichtigt?

Bei der Durchsicht des Prüfungsbelegs, der in das Formular 19 Steuern übersetzt wird, finden wir das ausgestellte Formular wie folgt (z.B. für einen Prozessfall):

- Nettogewinn aus erhaltenen Dienstleistungen durch Bestätigung.
- Nettogewinn aus den in der Erklärung enthaltenen Lieferungen.
- Inversierter Nettogewinn aus der Quelle der Erklärung.
- Nettogewinn aus Dienstleistungen, die in einer Rabattabrechnung enthalten sind, und Hinzufügung.

- Nettogewinn aus erhaltenen Lieferungen als Diskontierung und Hinzufügung.
- Nettogewinn der M90-Dienstleistungen.
- Nettogewinn aus Lieferungen m 90.

Durch Verhandlungen und Tauziehen mit den Missionen über die Anwendung von Artikel III werden diese Posten gekürzt und einige von ihnen werden ausgeschlossen, falls der Finanzier die Ungenauigkeit dieser Schätzungen nachweist, und die Angelegenheit wird zu einem Projekt führen, das die Schätzung des Umsatzes berücksichtigt, auf den Artikel III angewendet wird. zu einer für den Finanzier akzeptablen Steuermaßnahme führt, unabhängig von ihrer Genauigkeit, Richtigkeit, Nähe und Entfernung von der Wirklichkeit, aber die Angelegenheit beruht auf einem Steuerbetrag, der für den Finanzier akzeptabel ist, Hier endet die Rolle des dritten Artikels mit der Feststellung des Fortbestands von Artikel 110, Artikel 87 ist für die Anwendung gültig und hier bewegen wir uns und gehen zur anderen Seite der Prüfung, das ist das Dunkle in dieser Hinsicht, das ist die Seite des Ambosses, nämlich die Prüfung des Mehrwerts, die uns aus ihrer Prüfung zeigt, dass wir es mit einem Umsatz zu tun haben, der nach Artikel III verbucht wurde, und einem weiteren Umsatz, der geringer ist, als er in den Mehrwerterklärungen enthalten ist, die nicht auf die Zinsen der Rechnungslegung und die Anwendung von Geldbußen und Steuerartikeln verzichten Zusätzlich zu diesen Unterschieden ist bekannt, dass diese Unterschiede als ein Fall von Steuerhinterziehung angesehen werden, der die Anwendung von Steuerhinterziehungs- und Kriminalisierungsartikeln auf sie erfordert.

Das Fazit

Durch die vorangegangene kurze Darstellung stellen wir fest, dass der dritte Artikel die Streittür auf der kommerziellen Seite beenden wird, während er auf der anderen Seite Türen für Streitigkeiten und die Anwendung der Sanktionsartikel gegen den Steuerzahler gemäß dem Mehrwertsteuergesetz und dem Gesetz Nr. 206 über einheitliche Steuerverfahren von 2020 öffnen wird.

Dies erfordert ein verfahrensrechtliches Eingreifen des Interesses oder der Legislative des Repräsentantenhauses, um dieses Problem zu lösen, bis der gewünschte dritte Artikel erreicht ist und wir das gewünschte Ziel erreichen, damit der Finanzier / Steuerzahler das Vertrauen in die Gesetze oder Entscheidungen nicht verliert, die erlassen wurden, um Streitigkeiten mit dem Staat und der Steuerbehörde zu beenden, wo das, was er auf der einen Seite eine Lösung finden wird, ein Problem oder Probleme auf der anderen Seite sein wird.

Lösungsvorschlag

1. Die Verabschiedung eines Gesetzes, das sich mit diesem Problem befasst, und der Vorschlag, die Unterschiede, die sich aus der Anwendung des dritten Artikels ergeben, einer pauschalen Mehrwertsteuer zu unterwerfen, die 1 % der Unterschiede betragen soll, mit der Nichtumsetzung der Kriminalisierungsartikel und der Strafen für diese Unterschiede sowie der Aussetzung des zusätzlichen Steuerartikels.
2. Oder die Herausgabe eines periodischen Schreibens oder einer Anweisung der Exekutive, dass die Dateien, die gemäß Artikel III durch den Umsatz verbucht wurden, nicht als Argument für den Mehrwerttopf angesehen werden und die in den entsprechenden Gesetzen enthaltenen Artikel der Kriminalisierung und Steuerhinterziehung nicht auf sie angewendet werden.

Artikel 90 des Gesetzes Nr. 91 von 2005

Was ist das Problem mit Artikel 90 in der Anwendung?

Bei der Ausarbeitung des Gesetzes Nr. 91 aus dem Jahr 2005 war der Gesetzgeber vorsichtig bei der technischen Auslegung von Artikel 90, der es der Steuerbehörde ermöglicht,

(Um die Rechte der Staatskasse zu wahren) aus Angst, für verfassungswidrig erklärt zu werden, und genau das geschah im Jahr 2005, als das Verfassungsurteil Nr. 125 von 18 Gerichten [Oberstes Verfassungsgericht] am Sonntag, dem 11. Dezember 2005, die Verfassungswidrigkeit des zweiten Absatzes von Artikel 38 des Einkommensteuergesetzes erließ, das durch das Gesetz Nr. 157 von 1981 verkündet und durch das Gesetz Nr. 187 von 1993 geändert wurde. Der Gesetzgeber hat in Artikel 90 festgelegte Kontrollen für die Bemessung festgelegt und auch die Fälle festgelegt, in denen die Zinsen geschätzt werden dürfen, sowie die Grenzen dieser Schätzung und wie sie ist:

1. Auf der Grundlage aller Daten, die in den Erklärungen enthalten sind, die sie stützen.
2. Auf der Grundlage aller verfügbaren Daten für den Fall, dass die Erklärung nicht eingereicht wird oder die Daten und Dokumente, die sie belegen, nicht eingereicht werden.
3. Nichtübereinstimmung der Erklärung mit den von der Behörde nachgewiesenen Dokumenten.

Das ist es, was im Inhalt des Artikels stand, aber was in Wirklichkeit geschieht, steht im Gegensatz dazu und basiert nicht auf Beweisen oder Daten, und deshalb finden wir in der Gewinnschätzungsnotiz keine Begründung für die Anwendung dieses Artikels, sondern wir werden das Wort (... und daher sehen wir die

Anwendung des Artikels wie folgt vorangestellt ..) Dementsprechend fordern wir den Erlass von Durchführungsanweisungen mit den Kontrollen für die Anwendung dieses Artikels, um den Verlauf des Artikels wieder auf das vom Gesetzgeber festgelegte Ziel zurückzuführen, das darin besteht, die Rechte der Staatskasse nach vollendeten Tatsachen und nicht nach willkürlichen Schätzungen zu wahren.

Kairo, 28. Januar 2024

Onsy Kamal El-Din Hafez

Wirtschaftsprüfer & Steuerexperte

